

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabend.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal egl. Bestellgeld.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppfstrasse 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 4

Stuttgart, den 23. Januar 1904

20. Jahrgang

Bekanntmachung.

Der letzte (achte) Verbandstag fand im Jahre 1900 statt, seither waren Organisationsangelegenheiten, welche die Abhaltung eines Verbandstags als dringlich erscheinen ließen, nicht vorgelegen. Nun wurden im Laufe der Zeit von Mitgliedern Wünsche laut, welche auf Erweiterung der Unterstützung seitens des Verbandes sich richten, die aber nur durch Abänderungen des Statuts zur Einführung gebracht werden könnten. Diese Angelegenheit und einige andere Organisationsfragen könnten von einem Verbandstag eingehend behandelt und zur Erledigung gebracht werden.

Verbandstage können laut § 53 des Statuts stattfinden auf Beschluß der Mitglieder durch Urabstimmung; nur in außerordentlich dringlichen Fällen wird vom Vorstand und Ausschuss ein Verbandstag ohne vorherige Abstimmung der Mitglieder einberufen.

Die Unterzeichneten unterbreiten deshalb den Mitgliedern die Frage zur Beantwortung: Soll ein Verbandstag abgehalten werden? Über diese Frage sollen die Mitglieder entscheiden in einer

Urabstimmung.

welche hiermit angeordnet wird, unter Festsetzung des Schlusstermins auf Sonntag den 6. März dieses Jahres.

Die Fragezettel werden allen Mitgliedern mit der Nummer 8 der „Buchbinder-Zeitung“ in die Hand gegeben und sollen nur die oben gegebene Frage enthalten, welche dann kurz mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten ist.

Die Zurückgabe der Stimmzettel hat direkt an die Zahlstellenbevollmächtigten und soweit Mitglieder an Orten, wo Zahlstellen nicht sind, in Betracht kommen, an die Gaubevollmächtigten zu erfolgen, spätestens bis zum Schlusstermin den 6. März. Die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten haben unter Zuziehung zweier örtlicher Kontrolleure (als solche gelten die Revisoren) eine genaue Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses vorzunehmen und das Gesamtergebnis, von den Kontrolleuren beglaubigt, an den Vorstand bis spätestens Sonnabend den 12. März einzusenden.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an der Zahlstelle, wo sie sich in den letzten Tagen vor dem Schlusstermin befinden, die Abstimmung vornehmen, vom Bevollmächtigten der Zahlstelle ist dann aber im Mitgliedsbuch der Bemerkung einzutragen, daß das betreffende Mitglied an der Urabstimmung sich beteiligt hat.

Für den Fall, daß die Auseraumung eines Verbandstags beschlossen wird, könnte letzterer gegen Ende des Monats Juni oder Anfangs Juli dieses Jahres stattfinden. Besondere Bekanntmachungen über Stellung von Anträgen zum Verbandstag und über Zeit und Ort der Tagung, sowie die Wahl der Delegierten betreffend, würden rechtzeitig erlassen werden.

Stuttgart.
Berlin.

Der Vorstand.
Der Ausschuss.

Zur Urabstimmung.

Ein Lieblingswunsch so mancher Mitglieder geht nunmehr voraussichtlich seiner Erfüllung entgegen. Durch Urabstimmung sollen die Mitglieder entscheiden, ob ein Verbandstag abgehalten werden soll. Kein Zweifel, nach der gegenwärtigen Stimmung der Verbandsmitglieder, protegirt durch diverse Artikel im Verbandsorgan über die fernere Ausgestaltung unserer Organisation, ist eine Mehrheit für Abhaltung eines Verbandstags und damit die Tagung eines solchen in sichere Aussicht zu nehmen.

An Arbeit dürfte es jedenfalls dem zu erwartenden Verbandstag nicht fehlen. Vier Jahre sind seit dem letzten Verbandstag in Berlin verlossen; ein Zeitraum, in dem sich überaus bedeutungsvolle Ereignisse im Verband, im Gewerbe und damit für die Berufsangehörigen abgespielt haben. Fast volle vier Jahre eines wirtschaftlichen Niederganges waren es, auf die wir zurückblicken. Eine harte Zeit für das arbeitende Volk, eine Periode der Prüfung für die gewerkschaftlichen Organisationen. Daß man nach solch einer Zeit den Wunsch sich bemerkbar machen sieht, die auserlesenen Vertreter des Verbandes zur Beratung über die Erfahrungen und Erfolge in der Vergangenheit und über die weiteren Maßnahmen zur ferneren Ausgestaltung der Organisation zusammenzutreten zu lassen, ist begreiflich, ja sogar berechtigt.

Fragen von grundsätzlicher Bedeutung dürften auf dem zu erwartenden Verbandstag wohl kaum in besonderem Maße zur Erörterung kommen, dafür aber um so mehr Fragen taktischer Art, solche, die auf den inneren Ausbau des Verbandes abzielen. Vorschläge nach dieser Seite hin sind in den letzten Monaten und Jahren schon so verschiedenartig gemacht worden, daß mit Sicherheit zu erwarten ist, dementsprechende Anträge auf dem Verbandstag behandeln zu müssen. Insbesondere die Frage der weiteren Ausgestaltung der bestehenden Unterstützungseinrichtungen, insonderheit der Arbeitslosenunterstützung, sowie die der Einführung neuer Unterstützungsweize dürften wohl einen sehr breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen. Notwendig ist es daher, gelegentlich der nunmehr vorzunehmenden Urabstimmung darauf hinzuweisen, daß eine Erweiterung und Neueinführung von Unterstützungseinrichtungen insbesondere der der männlichen Mitglieder nur dann erfolgen kann, wenn eine gleichzeitige entsprechende Erhöhung der Beiträge erfolgt. Sieben Jahre sind es her, als auf dem Verbandstag zu Halle a. S. die gegenwärtige Höhe der Beiträge normiert wurde. Damals standen die Mitglieder, die den Verbandstag repräsentierten, auf dem Standpunkt, daß eine Gewährung höherer Unterstützungssätze nicht auf Grund der neu eingeführten 35 Pf. beziehungsweise 15 Pf.-Beiträge erfolgen könne. Erst auf dem Verbandstag zu Berlin vor vier Jahren konnte man sich dazu entschließen — abgesehen einiger fast unbedeutenden Erweiterungen, welche durch eine Urabstimmung vollzogen wurden —, angesichts der damaligen wirt-

schaftlichen Prosperität, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung zu erweitern, ohne damit eine Beitragserhöhung zu verbinden. Dieser Ausbau der Arbeitslosenunterstützung hat nun aber in den letzten drei Jahren gezeigt, daß der Verband damit an der Grenze seiner diesbezüglichen Leistungsmöglichkeit angelangt ist; denn nahezu der dritte Teil der 35 Pf.-Beiträge mußten allein für Arbeitslosenunterstützung an männliche Mitglieder verwendet werden, während in den drei vorangegangenen Jahren — 1898 bis 1900 — nur etwa der siebente Teil der Beiträge aufgewandt werden mußte. Wenn es trotz dieser fast doppelt vermehrten Ausgaben gelungen ist, einen Kampffonds von einer Viertelmillion anzufammeln, so ist dieses lediglich nur darauf zurückzuführen, daß, abgesehen von den Lohnbewegungen im Herbst 1900, nennenswerte Aufwendungen für Streiks oder Aussperrungen nicht zu machen waren. Ausgaben dieser Art bleiben aber unserer Organisation so wenig wie allen anderen auf die Dauer nicht erspart, und wäre es daher vollkommen verfehlt, weitere Vergünstigungen auf Grund der gegenwärtigen günstigen Finanzlage den Mitgliedern in Aussicht stellen zu wollen. Dieses jetzt schon aussprechen zu sollen scheint deshalb für geboten, um nicht in den Köpfen mancher Mitglieder den Glauben zu erwecken, der durch diese Urabstimmung zu beschließende Verbandstag werde ihnen weitere Rechte ohne weitere Pflichten zu bringen in der Lage sein.

Soll zum Beispiel nur die Arbeitslosenunterstützung für die männlichen Mitglieder erweitert werden nach der Richtung hin, daß die Höchstgrenze der einzelnen Unterstützungsflaffen erhöht wird und die anerkannt teilweise harten Bestimmungen in etwas gemildert werden, so dürfte unter einer Beitragserhöhung von 5 Pf. nicht auszukommen sein. Sollen gar weitere Unterstützungsweize eingeführt werden, etwa ein Sterbegeld oder eine Hinterbliebenenunterstützung von beschränkter Dauer, so wäre abermals eine weitere Erhöhung von 5 Pf., also zusammen von 10 Pf. notwendig. Sollte gar eine Krankenunterstützung eingeführt werden wollen, so wäre mit einer weiteren Erhöhung der Beiträge von 15 oder gar 20 Pf. zu rechnen, so daß der Verbandsbeitrag sich auf mindestens 60 Pf. stellen würde. Ob eine solche Beitragserhöhung aber angezeigt ist und ob sie sich überhaupt momentan durchführen ließe, ist billig zu bezweifeln. Es dürfte deshalb wohl schon von vornherein von der Einführung einer Krankenunterstützung bis zu einem gelegeneren Zeitpunkt Abstand genommen werden.

Bei den gegenwärtigen Beiträgen der weiblichen Mitglieder von 15 Pf. wäre es möglich, ohne Beitragserhöhung einen neuen Unterstützungsweize in bescheidenem Umfang einzuführen. Dem bekanntlich wird die Arbeitslosenunterstützung durch die weiblichen Mitglieder bei weitem nicht in dem Umfang in Anspruch genommen, als wie es bei den männlichen der Fall ist.

Die Frage der Klassenweisen Einteilung der Beiträge dürfte bei gründlicher Würdigung aller einschlägigen Umstände und Verhältnisse eventuell

dadurch zur allgemeinen Befriedigung gelöst werden können, wenn für die männlichen Mitglieder zwei Beitragsklassen geschaffen werden, etwa eine solche mit 30 Pf. und eine solche mit 45 Pf.

Mögen nun die einzelnen Mitglieder ihre Stimmen für oder gegen einen Verbandstag abgeben, mögen sie über die praktische Bedeutung eines Verbandstags dieser oder jener Meinung sein, alle dürfen sie aber die Überzeugung in sich aufnehmen, daß auch der neunte Verbandstag, sofern er zustande kommt, belebend und befruchtend auf unsere Organisation wirken wird.

Auf nun zur Urabstimmung!

Hn.

Die Hamburg-Altonaer Lohnbewegung.

Da die Lohnbewegung in Hamburg-Altona ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, wird es angebracht sein, einen Gesamtbericht zu geben, der auch den Kollegen außerhalb Hamburgs einen Einblick in unsere Verhältnisse gewährt und ihnen ein Urteil über das Erreichte und Erreichbare ermöglicht.

Wenn in den drei Tarifstädten Berlin, Leipzig und Stuttgart die Zeit heranrückt, wo die Tarifverträge erneuert werden sollen, macht sich im ganzen Verbandsleben ein lebhafterer Zug bemerkbar. Überall, wo sich die Verbandskollegen stark genug fühlen, wird versucht, tarifliche oder tarifähnliche Verhältnisse zu schaffen oder doch wenigstens eine Verbesserung der bisherigen Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

So auch in Hamburg-Altona. Diesmal ist aber zum erstenmal der erste Versuch gemacht worden, eine Tarifgemeinschaft anzustreben. Bei der großen Kompliziertheit unserer Branche am Orte und weil es an einer einflussreichen Organisation der Unternehmer mangelt, war der Versuch etwas kühn zu nennen und durften die Erwartungen nicht zu hoch gespannt werden.

Die genannten zwei Städte und die angrenzende Stadt Wandersbeck zählen etwa 300 Betriebe unseres Berufs; tatsächlich kommen aber nur 167 für uns in Betracht. Außer einigen Betrieben, wo Düten, Kuvertis und Luxuspapierwaren hergestellt werden — die von der Bewegung von vornherein ausgelassen werden mußten —, ist eine sehr große Anzahl von Betrieben vorhanden, die gar keine oder nur vorübergehend Arbeiter beschäftigen. Von den verbleibenden 167 Betrieben (nach unseren Ermittlungen) beschäftigen die weitaus größte Mehrzahl nur ein bis zwei Gehilfen. In der Buchbinderei sind nur wenige Betriebe, die ein größeres Personal beschäftigen. Wenige, aber größere Betriebe, hauptsächlich in der Kartonagebranche, sind auf Altonaer Gebiet, dort überwiegend, wie überall in dieser Branche, das weibliche Element. Rechnet man noch hinzu,

daß die Zahl der Buchbindergehilfen, die in Bankhäusern, bei Rechtsanwältinnen, in Bibliotheken, Versicherungsgesellschaften, Exporthäusern, staatlichen und privaten Anstalten usw. beschäftigt werden, eine ziemlich erhebliche ist, so wird man sich einen Begriff von der Kompliziertheit und der Schwierigkeiten machen können, die der Errichtung einer Tarifgemeinschaft in genannten Orten entgegenstehen.

Nach einer umfangreichen agitatorischen Vorarbeit, die wenig Positives brachte, wurden endlich am 12. Oktober in einer öffentlichen Versammlung die in wiederholten Vertrauensmännerversammlungen vorher formulierten Lohnsätze als unsere Forderungen den Unternehmern überreicht.

Diese Forderungen waren, wie bekannt, bei neunständiger effektiver Arbeitszeit 26 Mk. Minimallohn, 22,50 Mk. für Ausgelernte, 15 Mk. für geübte Arbeiterinnen, für Anfängerinnen (sogenannte Lehrlingmädchen) 9 Mk., nach einem halben Jahre 10 Mk., nach einem Jahre 13,50 Mk., nach zwei Jahren der Minimallohn von 15 Mk. Für die ersten zwei Überstunden sollte ein Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde für Männer und 10 Pf. für Frauen bezahlt werden, für weitere Überstunden und Sonntagsarbeit 25 Pf. für Männer und 15 Pf. für Frauen. Weiter Bezahlung der gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage und Errichtung eines von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam benutzten und geleiteten Arbeitsnachweises.

Diese Forderungen waren ausführlich begründet und mit einem höflichen Begleitschreiben versehen allen in Betracht kommenden Geschäftsinhabern zugestellt worden, den Vorständen der Buchbinder- und Buchdruckerinnungen wurde noch ein besonderes Schreiben beigelegt und Antwort bis zum 27. Oktober erbeten, da die Einführung ab 1. November geschehen sollte. — Wo nicht befriedigende Antworten oder gar keine einliefen, sollte die Ründigung, respektive die Arbeitsniederlegung erfolgen.

In der folgenden öffentlichen Versammlung war außer einer Reihe anderer Schreiben auch ein Schreiben der Hamburger Buchbinderinnung eingegangen, in dem diese in sehr entgegenkommender Weise ihre Sympathie mit der Tarifgemeinschaft betonte, zugleich aber auch die Unmöglichkeit, in der kurzen ihr zur Verfügung gelassenen Zeit bestimmte Beschlüsse fassen zu können. Da die Lohnkommission in Erfahrung gebracht hatte, daß die Hamburger Innung (der sich auch die Altonaer anschloß) in einer Sitzung einen Ausschuß gewählt hatte, der mit der Lohnkommission verhandeln sollte, so glaubte dieselbe aus Billigkeitsgründen diese Verhandlungen erst abwarten zu müssen; auf ihre Anregung hin beschloß die Versammlung, bei den Innungsmitgliedern vorläufig von der Ründigung Abstand zu nehmen. Dadurch und weil die Buchdruckerinnung in einem Schreiben die Vorlegung unserer Forde-

rungen in ihrer nächsten Versammlung ankündigte (ohne Angabe des Datums), ein Teil der Kollegen aber auch glaubte, den oben zitierten Beschluß auf die Buchdruckerinnung anwenden zu dürfen, war eine einheitliche Arbeitsniederlegung unmöglich geworden. Damit war die Lohnkommission auf den Weg der Verhandlungen angewiesen. Es haben während der Dauer der Bewegung annähernd 100 Verhandlungen mit den einzelnen Prinzipalen stattgefunden. Die Mehrzahl drängte sich naturgemäß auf die ersten Wochen zusammen. Außerdem haben in derselben Zeit noch weit über 100 Werkstubeversammlungen stattgefunden. Verhandlungen wie Werkstubeversammlungen haben in vielen Betrieben wiederholt, in einzelnen sogar fünf-, sieben- und achtmal stattgefunden.

Die Versammlung der Buchdruckerinnung am 27. November endete mit dem Beschluß: Ihren Mitgliedern freizustellen, wie sie sich mit ihren Arbeiten abfinden wollen. Die Verhandlungen mit dem Ausschuß der Innungsmeister der Buchbinder war eine einmalige unverbindliche Aussprache. Es schien den Innungsmitgliedern lediglich darum zu tun zu sein, zu erfahren, ob wir mit unseren Forderungen nicht herabgehen wollten. Die Meister klagten, daß sie gewissermaßen nur noch „Flickschuster“ seien; alle fertige Arbeit komme von Leipzig, Hannover, Berlin und Brieg. Sie könnten mit den Preisen, wie sie von diesen Orten für die Fabrikate verlangt werden, absolut nicht konkurrieren. (Tatsache ist allerdings, daß Arbeiter immer mehr aus Hamburg hinausgehen.) Mit einer Tarifgemeinschaft wie die in Hannover, bei 21 Mk. respektive 22,50 Mk. Minimallohnen, wären sie sofort einverstanden, eventuell auch mit 23 Mk. Immer wieder, auch bei den einzelnen Verhandlungen, wurde darauf hingewiesen, daß, wenn Hannover als nächste Großstadt solche Minimallöhne hat, könnten in Hamburg keine 26 Mk. bewilligt werden. Das geringe Entgegenkommen der fünf Meister, die die Innung zu der Verhandlung delegiert hatte, wird erklärt, wenn man weiß, daß diese gerade solche Meister waren, die noch die geringsten Löhne zahlen, darunter der Herr Klette, bei dem 19 Mk. üblicher Lohn war. Vielleicht hatte die Innung diesen Herrn aus Bosheit delegiert. In der nächsten Sitzung hatte die Innung beschlossen und uns mitgeteilt, daß sie ihren Mitgliedern empfehlen wolle, 24 Mk. Minimallohn für tüchtige Gehilfen zu zahlen und die neunständige Arbeitszeit ab 1. Juli 1904 einzuführen. Über die Mädchenlöhne, über den gemeinsamen Arbeitsnachweis, trotzdem die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Zustandes anerkannt worden war, ging man stillschweigend hinweg.

Eine weitere öffentliche Versammlung lehnte dieses Angebot — wenn auch ein gewisser Fortschritt gegen früher anerkannt wurde — als ungenügend

Gettler.

Ein Pariser Nachtbild von Guy de Léramond.

Es war gegen Morgen, als der Graf Serge de Saint-Uric seinen Klub verließ; das dienstfertige Anerbieten des „Chasseurs“, ihm einen Wagen zu holen, hatte er abgelehnt, und ging nun mit hochgeschlagenem Paletotfragen zu Fuß den Boulevard hinunter. Der Kopf brannte ihm, seine Schläfen hämmerten. Doch die frische Morgenluft tat ihm wohl und seine Gedanken wurden allmählich klarer. — Nun war es also aus, ganz aus mit ihm, — er war ruiniert; es blieb ihm zur Verstärkung seines Lebensunterhalts nur noch eine monatliche Rente von 20 Louisdors, die ihm sein Onkel hinterlassen hatte und die ihm ein Provinznotar an jedem Ersten nach dem Willen des Verstorbenen schickte, doch ohne daß er das Kapital in die Hände bekam.

In vier Jahren war sein ganzes Vermögen draufgegangen; er war ein leidenschaftlicher Spieler großen Stils gewesen und die unseligen Karten hatten alles verschlungen.

Wohl hatte er versucht, der lockenden Sirene des Spiels zu entfliehen. Er hatte in der Liebe Zerstreuung gesucht, hatte sich teure Pferde angeschafft, hatte in den Tanzlokalen verkehrt, lustige Zechgelage mit guten Freunden mitgemacht, kurz,

alle Vergnügungen der Großstadt genossen, um dem Dämon des Spiels zu entfliehen, der ihn schließlich doch untergekrigt hatte. . . .

Jetzt kehrte er langsam heim; die wenig verlockende Aussicht auf die Zukunft, der Schiffbruch, den er im Leben erlitten, der Gedanke an das Geld, das sich ihm wie ein Halsseil um den Nacken legen würde, die unumgängliche Veränderung seiner Lebensgewohnheiten, die gezungene Heiterkeit der Freunde, denen er begegnete und deren Gesichter ihm wie grinsende Automaten erschienen, die Einsamkeit, die Ode, in der er von jetzt ab dahinleben sollte — das alles trat noch zurück hinter dem giftigen Bedauern, daß er sich törichterweise zu nochmaligen Pointieren hatte hinreißen lassen.

Er grübelte über diesen unverzeihlichen Fehler so eifrig nach, daß er es kaum bemerkte, als ein hinter ihm hergehender Mann mit dumpfer Schüchternheit zu ihm sagte:

„Gieber Herr . . . ich sehe Sie an . . . ich habe seit gestern nichts gegessen . . . ich habe solchen Hunger. . .“

Instinktiv klemmte Serge sein Monokel ins Auge und betrachtete den Bittenden, der hinter ihm drein humpelte.

Es war ein Mann von etwa 40 Jahren, mit hohlwangigem Gesicht und demütiger Miene.

Serge zuckte die Achseln und setzte seinen Weg fort.

„Gieber Herr . . . ich sehe Sie an . . . nur ein kleines Almosen. . .“

„Lassen Sie mich in Ruhe!“

Doch der Mann fuhr immer hartnäckiger fort: „Ich bin Kandidat der Philosophie . . . Doktor der Rechte . . . widrige Vermögensverhältnisse . . . Unglück . . . eine blinde Frau . . . vier kleine Kinder. . .“

Ungeduldig rief ihm Serge zu:

„Lassen Sie mich doch endlich zufrieden!“

Ohne sich durch diese Grobheit einschüchtern zu lassen, fuhr der andere mit gebeugtem Rücken in demselben eintönigen Gemurmel in seiner Bitanei fort:

„Ich schäme mich, Betteln zu müssen, doch Sie werden mir ein Almosen nicht abschlagen . . . Sie sind ja ein reicher Mann!“

Serge drehte sich heftig um und sagte spöttisch: „Reicher Mann! So? Mein ganzes Vermögen besteht aus 20 Louisdors monatlich. . . Sie hätten gestern kommen sollen, da hatte ich noch 50 000 Frank Rente. Sie meinen wohl, weil ich einen neuen, eleganten Hut aufhabe? Veruhigen Sie sich, er ist nicht bezahlt. Weil mein Überzieher nach der neuesten Mode ist? Mein Schneider hat mir seine Rechnung gestern vergeblich präsentiert. Weil ich Lackstiefel trage? Mein Schuhmacher wird das Geld dafür nie zu sehen kriegen. Sie könnten mich vielleicht um meine Wohnung beneiden! Ach, mein Bester,

ab und beauftragte die Lohnkommission, weitere Verhandlungen anzuführen. Auf unser erneutes Schreiben ist eine Antwort nicht eingetroffen, dagegen hat die Innung in bürgerliche Zeitungen die Nachricht hineinkanziert, daß sie nunmehr ihr Angebot wieder zurückziehe. Uns war das recht, denn wir hätten mit dem Gebotenen doch nichts anfangen können, nachdem inzwischen die Zahl der bewilligten Firmen ganz ansehnlich angewachsen war. Ein kleiner Teil besserer Innungsfirmen hat auf Vorschlag der Kommission dann voll bewilligt, andere haben nach erfolgter Kündigung bewilligt und wieder andere haben, ohne die Bewilligung auszusprechen, die Mindestlöhne ihrer Gehilfen auf 26 Mk. erhöht und die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. Darunter der Obermeister der Innung Herr Zebben.

Am Schlusse der Bewegung stellt sich das Resultat wie folgt: Von den 167 in Betracht kommenden Firmen mit 468 Arbeitern und 479 Arbeiterinnen haben voll bewilligt: 86 Betriebe mit 216 Arbeitern und 295 Arbeiterinnen. 80 Betriebe haben freiwillig oder nach Vorschlag der dort beschäftigten Kollegen oder der Lohnkommission bewilligt. In 15 Betrieben mit 63 Arbeitern und 50 Arbeiterinnen kam es zur Arbeitsniederlegung, 4 davon wurden gewonnen, die übrigen sind verloren gegangen; 2 Betriebe sind nachträglich als bewilligt hinzugekommen, also in Summa 86. Außerdem arbeiten nach unseren Ermittlungen noch 85 Kollegen und etwa 15 Arbeiterinnen zu den gestellten Minimallöhnen von 26 Mk. resp. 15 Mk. und darüber, in einer Reihe von Betrieben, die nicht als geregelt gelten können, weil einiges unserer Forderungen nicht entspricht. Es würden demnach etwa rund 170 Arbeiter und ebensovielen Arbeiterinnen unter den gestellten Bedingungen arbeiten. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Minimallöhne von 1900 (24 Mk. resp. 13,50 Mk.), wie sich herausgestellt hat und vielfach auch vor der Bewegung bekannt war, in vielen Betrieben nicht mehr eingehalten wurden und in anderen niemals gezahlt worden sind. In diesen rückständigen Betrieben sind vielfach Zulagen erfolgt, die, wie das Schreiben der Innung ausweist, die Löhne auf den Stand von 1900, also 24 Mk. brachten, wenn auch die Zusage offiziell zurückgezogen wurde. Andere Betriebe, wie zum Beispiel in der großen Druckerei Periel, sollen die Mindestlöhne, die bisher 23 Mk. waren, auf 25 Mk. erhöht worden sein. Eine Aufbesserung hätte demnach fast durchweg bei den minder entlohnten Kollegen stattgefunden. Demnach ist die Richtigkeit der Theorie glänzend bewiesen, daß, wenn die rückständigen Betriebe wenigstens auf die Minimalhöhe von 1900 gebracht werden sollten, eine Erhöhung dieser Sätze bei allen Firmen angestrebt werden mußte.

Sind die Erfolge auch keine glänzenden, so müssen sie immerhin bei den großen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, als einigermaßen befriedigend

angesehen werden. Sie würden aber zweifellos bedeutend größer gewesen sein, wenn ein Teil gewisser älterer Kollegen der Bewegung ein größeres Interesse entgegengebracht hätte. Bei Aufstellung der Forderungen ist grundsätzlich von einer prozentualen Erhöhung um fünf oder zehn Prozent für diejenigen Löhne, die bei Beginn der Bewegung 26 Mk. oder mehr betragen, Abstand genommen worden. Einerseits galt als erstrebenswertes Ziel der Abschluß eines Tarifs, der dadurch gefährdet werden konnte. Andererseits mußte das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß, wenn ein Tarif zustande kommt, der doch auf mehrere Jahre Gültigkeit haben mußte, eine Grenze nach unten für die schlechter bezahlten Kollegen geschaffen werden mußte, die eine Verbesserung ihrer Lebenslage in sich schloß, da ja während der Dauer der Tarifgültigkeit die Möglichkeit, die niederen Löhne aufzubessern, wegfällt. Für die Kollegen, die sich im Besitz der besser bezahlten Stellen befinden, war mit dieser Bewegung keinerlei Vorteil verbunden. Dem ist es wohl auch zuzuschreiben, daß ein Teil dieser Kollegen bedauerlicherweise der Bewegung ein so geringes Verständnis entgegenbrachte, von vornherein dagegen „brennste“ und so keine Begeisterung aufkommen ließ. Es ist das um so bedauerlicher, da die Absicht besteht, in diesem Jahre nachzuholen, was bis jetzt noch nicht erreicht werden konnte und dem Unternehmertum nicht unbekannt bleibt, wenn einzelne dagegen arbeiten. Es ist von dem gesunden Sinn der Hamburger und Altonaer Kollegenschaft zu erwarten, daß sie im Interesse unseres Verbandes und unseres Berufs zusammensteht, wenn es wiederum gilt, für die Verbesserung der Lebenslage auch der minder bezahlten Kollegen und Kolleginnen einzutreten. Denn nur vor einer geschlossen auftretenden Arbeiterschaft hat das Unternehmertum Respekt.

Die Kosten waren bisher sehr erhebliche. Rund 5000 Mk. aus der Verbandskasse und 1100 Mk. bis jetzt aus der Lokalkasse wurden verausgabt. Ungünstig beeinflusst wurde die Bewegung durch die flauere Geschäftszeit und die dadurch entstandene verhältnismäßig große Zahl Arbeitsloser. Was erreicht wurde, ist ganz allein durch die Organisation erreicht worden. Überall wo die organisierten Kollegen und Kolleginnen in der Werkstatt oder Fabrik den Ausschlag geben, sind Erfolge erzielt worden. Was noch nachzuholen ist, betrifft Betriebe, wo die Organisation nicht in genügender Weise stark genug vertreten ist.

Möge dieser Schlussbericht dazu beitragen, daß die Kollegen und Kolleginnen trenn zum Verband halten und von dessen Notwendigkeit überzeugt für dessen fernere Ausbreitung und Ausbau Sorge tragen, damit bei Wiederaufnahme der Bewegung unsere Forderungen in allen Betrieben zur Annahme gelangen.

Christliche Gewerkschaften, Neutralität und anderes.

Selbst wer die christlichen Gewerkschaften als bloße Konkurrenzorganisationen gegenüber den freien einschätzt, eingedenk dessen, daß bei ihren Gründungen die feste Absicht besteht, den freien Gewerkschaften hemmend in den Weg zu treten — eine Absicht, die bisher nur in geringem Maße erreicht werden konnte und in Zukunft noch viel weniger wird erreicht werden können —, kann sich unbedenklich auf den Standpunkt stellen, den wir mit Bezug auf den Frankfurter Kongreß eingenommen haben. Wenn nun neben den unsrigen Gewerkschaften doch einmal andere bestehen, so kann es doch für die organisierte Arbeiterschaft nur von Vorteil sein, wenn auch dort die Forderungen unterstützt werden, die wir selbst stellen, wie Gewährung des Koalitionsrechtes, Errichtung von Arbeitskammern usw., wenn sie sich in ihren Zielen und Bestrebungen nähern. Zum Teufel auch mit dieser Sitten- und „Prinzipien“reinheit, auf die manche Leute in der Gewerkschaftspolitik so erpicht sind! Im politischen Leben hat man ein viel weiteres Herz. — Für die politischen Parteien ist der Platz für die Verwirklichung ihrer politischen Grundzüge das Parlament. Die Sozialdemokratie bedient sich hier, wenn ihre schwache Vertretung in irgend einem Parlament ein eigenes Vorgehen nicht möglich macht, der ihr nächststehenden Partei. Beide Parteien bringen dann gemeinschaftliche Anträge ein — was noch vor Jahren im Reichstag die sozialdemokratische Fraktion mit Unterstützung der Freisinnigen zu tun gezwungen war — und was die Hauptsache ist, vertreten die Anträge gemeinschaftlich und stimmen dafür. In der Wahl-agitation werden wohl gar die gleichen Forderungen erhoben und — was besonders für unsere Ansichten von Bedeutung ist — in einzelnen Fällen, wo Sozialdemokraten und Demokraten Wahlkompromisse gegen die rechtsstehenden Parteien geschlossen haben, verfassen diese erstgenannten gemeinschaftliche Wahlaufzuse und Flugblätter, worin die gemeinsamen Forderungen begründet werden. Keinem Menschen fällt es ein, einen Verstoß gegen Prinzipien darin zu entdecken oder die Idee herauszufahren, daß nun diese demokratische Partei besonders bekämpft werden müsse, weil sie einige gleiche Forderungen stellt wie die Sozialdemokratie. Ist der Gegensatz zwischen freien und christlichen Gewerkschaften größer wie zwischen sozialdemokratischer und freisinniger Partei? Uns scheint eher das Umgekehrte der Fall zu sein.

Doch ein glücklicher Zufall will es, daß wir ein viel packenderes Beispiel dafür anführen können, wie unsere Gewerkschaften und mit ihnen deren höchste Spitze auf dem besten Wege sind, in nächster Zeit völlig in unserem Sinne wirken zu wollen, das heißt „in weiterer Auffassung der bestehenden Arbeiterverbände Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen“ — eine Äußerung, die besonders Anstoß erregt zu haben scheint. Die Generalkommission schreibt für den 7. März einen Heimarbeiterschuttkongreß aus. Soviel darf wohl mit Bestimmtheit jetzt schon vorausgesetzt werden, daß auf diesem Kongreß in Anträgen respektive Resolutionen Forderungen an die Regierung gestellt werden, die ein gesetzmäßiges Eingreifen in die Betriebsverhältnisse der Hausgenerbetreibenden, einen gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter verlangen. In der Einladung sagt die Generalkommission: „Zugelassen zu dem Kongreß sind alle Vertreter, ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Anschauungen oder Organisationszugehörigkeit.“ Dasselbe in grün. Hier werden Christliche, Hirsch-Dumdeusche usw. von uns gleich eingeladen, unsere Forderungen mit zu unterstützen, was durchaus in unserem Gedankengange befindlich, nur die Wirksamkeit unserer Forderungen noch erhöhen kann, während der Frankfurter Kongreß doch nur örtlich und organisatorisch getrennt das gleiche tat. Wer nun das Kunststück fertig bringt, die Idee der Generalkommission für gesellschaftlich zu halten, die Frankfurter Kongreßbeschlüsse aber für dumm, den Arbeiterinteressen schädlich, die mit einigen Mätzchen abgetan werden müssen, der ist ob seiner „prinzipiellen Gesinnungstüchtigkeit“ wahrlich nicht zu beneiden. — Hic Rhodus — hic salta!

Ein Verstoß gegen die lautere Gesinnungsrein-

schon liegen die Gerichtsvollzieher auf der Lauer, die alle diese kostbaren Möbel wegschnappen werden. Ich bin der Graf Serge von Saint-Urice. Mein Abel stammt aus dem Jahre 1250. Ich bin mit Marquis, mit Herzögen und Baronen verwandt. Ich schrieb meinen Namen auf Briefbögen, die auf ihrer Spitze eine Grasenkrone trugen. ... Ich konnte meinen Rang nicht mit 50000 Frank Rente behaupten, und Sie nennen mich reich, weil ich monatlich 400 Frank zu verzehren habe? Damit kann ich kaum meine Miete bezahlen! ... Für den Augenblick aber besitze ich gar nichts, denn ich muß noch zwölf Tage warten, bis der Notar mir das Geld schickt!

Der Bettler warf schüchtern ein: wenn er 400 Frank zu verzehren hätte, würde er sich für reich halten.

„Ach was!“ rief der Graf lebhaft aus. „Sie sind reich, und das will ich Ihnen beweisen. Erstens haben Sie einen einträglichen Beruf: Sie sind Bettler, und wenn ich mich nicht täusche, ein sehr geschickter Simulant. Sie warten vor den Türen der Klubs auf die Nachtschwärmer, die herauskommen, und folgen Ihnen, um ihnen stets dieselbe Geschichte zu erzählen. Ein glücklicher Spieler wird Sie selten abweisen. Sie haben auch gar keinen Hunger; Ihre Blässe ist, wie mich dünkt, geschickt aufgeschminkt. Ihre Kleider sind besonders zum Betteln hergerichtet; Sie haben wahrscheinlich zu

Hause eine vollständig eingerichtete Garderobe. Was Ihre blinde Frau betrifft, so ist sie eine gute Hausfrau, die Sie in Ihrer Wohnung erwartet, wo Sie bei Ihrer Rückkehr gutes Essen, ein gutes Bett und freundlichen Empfang finden. Sie sind ein musterhafter Familienvater und verdienen täglich 20—30 Frank. Sie sind der Bureaukrat des Almosen; als Arbeiter mit schwierigen Händen hätten Sie vegetiert; als verschämter Armer erwerben Sie ein Vermögen!“

Während der letzten Worte waren sie neben einander hergegangen. Plötzlich blieb Serge stehen; „Hier wohne ich ... aber ich möchte nicht, daß Sie diesen ganzen Weg nur gemacht haben, um sich meine Philosophie anzuhören!“

Er faßte in die Westentasche und holte einen Sou heraus, den er seinem Begleiter hinhielt. Doch als er auf dessen Gesicht eine eigentümliche Grimasse bemerkte, sagte er: „Das ist alles, was ich augenblicklich besitze!“

Der Bettler jedoch wies mit einer abwehrenden Geste das Almosen zurück; zog sein Portemonnaie heraus und sagte sanft mit versteckter Ironie, die sich jedoch hinter seiner demütigen, churfurchtsvollen Haltung vollständig verbar:

„Gestatten der Herr Graf, daß ich Ihnen 20 Frank anbiete?“

heit scheint es ja auch zu sein, wenn man die Idee ausdrückt, daß durch die Frankfurter Beschlüsse die diesen Gewerkschaften nahestehenden bürgerlichen Parteien zur Vertretung dieser Forderungen im Reichstag gezwungen würden. Was brauchen wir die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, die sozialdemokratische hat alle diese Forderungen in ihr Programm aufgenommen; das genügt. Ist die sozialdemokratische Fraktion auch numerisch zu schwach, um Gesetzentwürfe durchbringen zu können, und steht Generationen unserer Nachkommen auch noch die Aussicht bevor, in Not und Elend weiter leben zu müssen — denn mit dem Zusammenbruch des heutigen Staates wird's ja immer noch gute Weile haben — so kümmert uns das wenig, wenn nur unsere Prinzipienreinheit gewahrt bleibt. So ist heute bereits geschehen, was wir andeutungsweise sagten: Das Zentrum hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, worin es bei der Regierung anfragt, wie es mit der Sicherung des Koalitionsrechtes stehe, mit der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, mit der Errichtung von Arbeiterkammern usw. Gute Bekannte vom Frankfurter Kongress. Demagogenkünste, sagt mancher. Mag sein. Darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie die Forderungen längst vorher vertreten hat, ist vom Standpunkt des Politikers berechtigt: das befreit schließlich auch niemand. Daß das Bischöfliche Sozialreform der Sozialdemokratie zu verdanken ist, ist eine so alte Binsenwahrheit und so oft angeführt, daß sie heute schon jeder Spatz vom Dache pfeift; sie ist auch bereits bis nach Stuttgart in unsere Redaktionsstube gedrungen. Doch bürgerliche Parteien mußten erst dafür gewonnen werden, um sie zur Durchführung zu bringen. So haben wir zum Beispiel das Invaliditätsgesetz aus der Hand dieser bürgerlichen Parteien widerwillig entgegennehmen müssen und fühlen uns heute dabei nicht einmal ganz unglücklich, wir haben sogar mit der Zeit anerkennen müssen, daß es trotz seiner Unzulänglichkeit und Fehler für den einzelnen eine soziale Einrichtung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Weshalb soll es denn nun also verwerflich sein, wenn die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag durch andere sogenannte linksstehende Parteien unterstützt, zur Annahme verholfen werden? Wir nehmen das Gute nicht nur, wenn es vom Teufel kommt, sondern sogar wenn es vom Zentrum kommt. Wenn nun E. K. sagt: „Die Konservativen, das Zentrum, der Bund der Landwirte, die Steifleinenden des Herrn Eugen Richter als Vertreter von Arbeiterinteressen! Auch nicht übel!“ so ist das ein Schlager, der wieder so recht darauf berechnet ist, Effekt zu erhaschen. Daß er bis zu den Konservativen hinaufgreift, will nicht viel sagen, denn in dicken Farben auftragen und überreiben tut er gern, und niemand hat behauptet, daß sich das Zentrum oder die Freimüthigen als Vertreter von Arbeiterinteressen sans phrase ausgeben können, aber sie sind in Einzelfällen dafür eingetreten, mußten schließlich dafür eintreten, um den Wünschen der ihnen zugehörigen unteren Volksklassen gerecht zu werden. Nur jemand, der alle diese Dinge nur einseitig betrachtet, und seine ganze Hoffnung auf die baldige Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Überführung in den Besitz des gesamten Volkes und unter dessen demokratische Kontrolle setzt, muß alle erreichten Verbesserungen der gegenwärtigen Zustände für einen Nonpens halten. Doch wir kommen bereits in das Persönliche. Dazu soll uns aber ein Schlusssatz dienen, in dem wir einige der persönlichen Anwürfe, die wir doch nicht so glatt hinnehmen möchten, zurückweisen werden. Deshalb Geduld. Und darum hier nur noch einiges Sachliche.

Artikel und Preßstimmen über den Frankfurter Kongress hier heute noch zu registrieren, ist wohl schlecht angebracht und unnütz, weil riesig veraltet. Bemerkte sei nur, daß die „Graphische Presse“, Organ des Verbandes der Steindruckere und Lithographen, und die „Leipz. Volksztg.“ von ganz sachlichen Momenten getragene Artikel brachten, von denen wir verschiedene für unsere Ansichten sehr gut nutzbar machen könnten: auch die Ausführungen des Abgeordneten Blumenthal im Reichstag waren für unsere bekundeten Ansichten beachtenswert. Es erübrigt sich, darauf weiter einzugehen und es würde auch zu weit führen. Es ist den Vertretern des Frankfurter Kongresses besonders übel

genommen worden, daß sie zur Sammlung aller „nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Arbeiter“ aufforderten. Du liebe Zeit, mit dem Wörtchen Klassenkampf wird auch mancher Sprachunfind getrieben, es stellt sich oft mit seinem vollklingenden, vielsagenden Namen zur rechten Zeit dort trefflich ein, wo eben Begriffe fehlen. Die Christlichen meinen, in den Gewerkschaften spielt sich heute ein Klassenkampf im rechten Sinne des Wortes nicht mehr ab, namentlich in denen nicht, wo Unternehmer und Arbeiter mit einer Tarifgemeinschaft partieren. Darin liegt unzweifelhaft ein köstliches Wahrheits, denn wir betonen selbst stets, daß der Abschluß einer Tarifgemeinschaft im Interesse beider Parteien liegt und die gegenseitigen aufreibenden Kämpfe vermeiden soll, daß die Hebung des Gewerbes, die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz, welchen Zwecken die Tarifgemeinschaft dient, ein gemeinsames Interesse beider Parteien ist. Crimmitschau! ruft uns jemand entgegen. Gewiß vollziehen sich in vielen Gewerben heute noch die Lohnkämpfe in ganz anderer Weise, wie in solchen, wo tarifliche Abmachungen eine solche Gefahr nur in größeren Zeiträumen aufkommen lassen, wobei nicht vergessen werden darf, daß der Crimmitschauer Kampf längst aus dem Rahmen eines gewerkschaftlichen Kampfes herausgetreten und zu einem politischen geworden ist, nicht zuletzt durch die ungeheuerliche einseitige Einmischung der Behörde. Und mag man es auch immer als Klassenkampf bezeichnen, wenn zwei wirtschaftliche Interessengruppen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aneinander geraten, und kann es auch nicht bestritten werden, daß sich in wirtschaftlichen Leben Kämpfe abspielen, die die Bezeichnung Klassenkampf verdienen, so ist doch dieser begriffsunterschiedlichen Bezeichnung und Auffassung nicht der Wert beizumessen, der ihr genau beigemessen wird.

In diesen jahrelangen wirtschaftlichen Kämpfen haben sich die Gewerkschaften Vorteile errungen, die durch die Gesetzgebung zu erlangen vorläufig gar keine Aussicht vorhanden ist, weshalb es gar nicht so ungeheuerlich ist, zu behaupten, das Parlament erweise sich auch nicht immer als Allheilmittel zur Durchdrückung von Arbeiterforderungen. Für diese unsere Behauptung von den vielen Beweisen einen der nächstliegenden, einen recht drastischen. — Wenn uns das Glück heimsucht, wird den Arbeiterinnen — wohlgerne: nur den Arbeiterinnen — vom Reichstage der gesetzliche Feinstundenstag als Maximalarbeitszeit in nächster Zeit beschert. Wie wir diese soziale Reform einschätzen, haben wir im Leitartikel der Nummer 2 ausgeführt. Eine nicht geringe Anzahl deutscher Industriearbeiterinnen und Arbeiter hat aber heute schon die neunstündige, verschiedentlich sogar schon die achteinhalb- und achtsündige Arbeitszeit. Und das einzig und allein durch die Gewerkschaftsorganisationen. Eine Arbeitszeit in der Höhe als Maximalarbeitszeit gesetzlich festzulegen, dazu wird das deutsche Reichsparlament wohl auf absehbare Zeit hinaus sich noch nicht aufschwingen können.

Unsere Dankbarkeitsempfindungen gegenüber der sozialdemokratischen Partei — wir halten nach wie vor daran fest, daß diese im politischen Leben schlecht angebracht sind — können mit Hinweis darauf, daß alles für die Crimmitschauer gesammelte Geld von dort kommt, nicht gesteigert werden, und selbst wenn sich noch so viel Lokalpatriotismus dabei preisgibt. Wer alle die in den Parteiblättern quitierten Gelder auf Konto von der sozialdemokratischen Partei gesammelt rechnen will, ganz abgesehen von den von den Zentralverbänden und Kartellen direkt bewilligten und gesammelten, mag es immerhin tun, es dürfte im einzelnen Falle gewiß schwer fallen, den Spender auf Herz und Nieren zu prüfen, ob er seinen Nickel als Gewerkschaftler oder Sozialdemokrat geopfert hat. Darüber zu streiten und nachzuspiüren erscheint überhaupt nicht allzu nobel. In unserer Unbotmäßigkeit halten wir auch diese Behauptung für eine schwankende Hypothese, daß sich nur dort gewerkschaftliche Organisationen bilden konnten, wo die Sozialdemokratie vorgeackert hat. Daß das vielfach der Fall ist, könnte niemand bestreiten, daß es sich bei der letzten Reichstagswahl auch in umgekehrten Verhältnis erwiesen hat, ist offensichtlich. Also auch auf die Knie vor den Gewerkschaften! Der Wahrscheinlichkeit wird man wohl näher kommen, wenn

man behauptet, daß dort beide leichter Boden gewinnen, wo ein Industrie proletariat sich befindet. Beweis: In ländlichen Distrikten kommen beide sehr schwer vorwärts.

Korrespondenzen.

Zugung ist strengstens fernzuhalten nach Neu-Ruppin und Breslau und nach den Firmen F. F. Diegel und A. Blohorn, Offenbach a. M.

Über die Firmen Gulbe, Klette und Erdlen in Hamburg ist die Sperre verhängt. Zugung von Pressern, Galanteriearbeitern und Buchbindern nach diesen Betrieben ist fernzuhalten.

Über die Firma Winterstein in Leipzig ist die Sperre verhängt.

Berlin. Die Branchenversammlung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen tagte am 11. Januar in den Arminshallen. Thielemann berichtete in kurzen Umrissen über die Tätigkeit der Vertrauenspersonen. Während die Branchenversammlungen schwach besucht waren, war der Besuch der Werkstubeversammlungen gut zu nennen. Leider kam es in letzteren mitunter zu persönlichen Reibereien, wodurch ein Teil der Kollegen den späteren Sitzungen fern blieb. Die Gewerbeinspektion mußte öfters eingreifen, zum Beispiel bei Hasekorn wegen ungenügender Schutzvorrichtungen an den Maschinen, während es sich bei Lüdewitz & Bauer um Überschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen handelte. Die Beschäftigung der Arbeiterinnen dehnte sich bis spät in die Nacht aus.

Verhandlungen fanden unter anderem statt bei Demuth, welche jedoch erfolglos verlief. Herr Demuth bezeichnete unsere Vertreter als Expreser, als sie ihn ersuchten, die in Berlin üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in seinem Geschäft einzuführen. Bei der Firma Haafenstein & Wogler kam es wegen dem Akkordtarif zu ernstlichen Differenzen. Durch das tatkräftige Einschreiten der in diesem Geschäft beschäftigten Buchdrucker kam für uns ein günstiger Abschluß zustande.

Die Vertrauenspersonen waren beteiligt an 186 Werkstube-, 2 öffentlichen, 16 Delegierten- und kombinierten und 13 Gauversammlungen, sowie in Sitzungen der Ortsverwaltung, ferner in 52 Tarifkommissions- und 4 Schiedsgerichtssitzungen; außerdem an 18 Verhandlungen, 3 Konferenzen in Leipzig und 1 in Berlin. Der Gewerbeinspektion wurden 11 Mitteilungen gemacht. Postsendungen wurden über 1800 erledigt.

Schade gibt den Tätigkeitsbericht der Tarifkommission. Demnach haben 52 Tarif- und 4 Schiedsgerichtssitzungen stattgefunden, außerdem waren Mitglieder der Kommission an 19 kombinierten und 19 Werkstubeversammlungen beteiligt, sowie an 4 Konferenzen.

In der hierauf folgenden Diskussion beschwerten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen, daß bei der Schiedsgerichtskommission angemeldete Sachen keine Erledigung fanden. Herr Wübben, Vorsitzender des Schiedsgerichts, habe vor Weihnachten erklärt, daß keine Zeit zur Abhaltung von Sitzungen sei. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, Herrn Wübben ein Schreiben zukommen zu lassen, worin darauf hingewirkt werden soll, daß dergleichen Fälle zukünftig nicht wieder passieren.

Als Vertrauenspersonen werden Thielemann, Bruck und Fräulein Dieber, in die Tarifkommission Schade, Thielemann, Bergmann, Ernst, W. Hoffmann gewählt, Fräulein Dieber und Frau Kosselina als Ersatzpersonen.

Die Etuisarbeiter tagten am 11. Januar. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes Schmidt nahm dieser an 4 Branchenversammlungen, 14 Delegiertenversammlungen, 14 Werkstubeversammlungen, 15 Gauversammlungen, 5 kombinierten und 3 Werkstube-delegiertenversammlungen teil, außerdem wurde er vorstellig bei den Firmen Timius und Block. Die Delegiertenversammlungen waren öfter schwach besucht, und der Aufforderung, bei Behinderung Vertreter zu senden, wurde nicht nachgekommen. Er bedauert die nicht zustande gekommene Lohnbewegung, welche allen Kollegen von Nutzen gewesen wäre, zumal eine bestimmte Kategorie von Arbeitern einen seit langen Jahren sich gleichbleibenden niedrigen Lohn erhält. Die bei Organisation der Etuisarbeiter sich so stark bekundende Solidarität scheint mehr und mehr zu verblasen, er richte deshalb an alle

die Mahnung, tatkräftig für die Interessen des Verbandes und der Branche einzustehen und dieselben fördern zu helfen.

In der Diskussion wird die bei Herrns grassierende Lehrlingszuchterei besprochen; kein Gehilfe, aber fünf Lehrlinge werden beschäftigt, die sogar noch vielfach überstunden machen müssen. Die Sache ist auch einmal der Handwerkskammer unterbreitet worden, und als ein Vertreter derselben dort erschien, wurde den Lehrlingen von Herrn Herrns zugerufen: „Ihr müßt von jetzt an die Fortbildungsschule besuchen!“ Antwort: „Ja!“ „Daß ihr aber auch hingehet!“ — „Ja!“ Es geschieht aber bis jetzt nicht. Sollte die Handwerkskammer nicht Mittel und Wege finden, um hier bessernd eingzugreifen? Jeder dort eingestellte Kollege ging bei Besprechung solcher Mißstände seiner Stellung verlustig.

Grün bespricht das mangelnde Pflichtgefühl der Kollegen, welches dem Vertrauensmann sein Amt außerordentlich erschwere und bedauert, daß der gewerkschaftliche Gedanke noch so wenig Fortschritt gemacht habe. Zum Vertrauensmann wurde Luft gewählt, zum Schriftführer Kulikowski. Darauf wurden die bei Kamm bestehenden unedlichen Zustände ausführlich erörtert, und daß bei Knoll & Siegel wiederholt der Versuch gemacht wird, den Kollegen die zu zahlenden Feiertage vorzuenthalten. Grün bemängelt die im Fachorgan seinerzeit enthaltenen Annoncen, wonach in Düsseldorf und Hamburg Arbeitskräfte gesucht wurden; dadurch sei bei den Kollegen die Ansicht erweckt worden, daß ein jeder dorthin könne. In beiden Jahrestellen hätten jedoch Differenzen geschwebt. Er macht dem Redakteur den Vorwurf, daß er solches nicht beachtet habe, und knüpft daran die Meinung, daß sowohl der Zentralvorstand wie die Redaktion nach hierher, dem Mittelpunkt des gewerkschaftlichen und politischen Lebens, verlegt werden müßten.

Dem entgegen Friederici, dies gehöre vor das Forum der Generalversammlung, deren Ansicht auf einem Verbandstag erörtert werden könnte, während Schmidt hinzusetzt, es könne sich nur darum handeln, daß die Annonce vor dem Bekanntwerden der Aussperrung aufgegeben worden sei. (Herr, etwas dunkel ist der Rede Sinn! D. R.)

Eine am Montag den 11. Januar stattgefundene öffentliche Versammlung der Albumarbeiter nahm Stellung zu der Frage: Wie stellen sich die Albumarbeiter und Arbeiterinnen zu einer Lohnbewegung? Bytomski schilderte zunächst die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche. Während früher die Arbeiter in der Albumbranche die Elitetruppe des Buchbindergewerbes waren, sind dieselben jetzt schon seit Jahren von den anderen Branchen längst überholt. Ganz unzeitgemäß sei es, daß in dieser Branche noch die zehnstündige Arbeitszeit besthe und Überstunden ohne Prozentzuschläge geleistet werden müßten. Es sei tatsächlich an der Zeit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ganz energisch bessere Zustände verlangten. Wenn es zu friedlichen Verhandlungen, die wir wohl alle wünschten, nicht kommen sollte, so müßte zu energischen Mitteln gegriffen werden. Redner verliest ein höfliches Rundschreiben, welches den Fabrikanten zugesandt und dessen Beantwortung zum 1. März ds. Jrs. zurückerbeten werden soll. In diesem Schreiben sollen die Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam gemacht werden, um es ihnen jetzt schon zu ermöglichen, ihre Kalkulationen für die kommende Saison danach einzurichten. Die genaue Präzisierung der Forderungen sollte einer späteren Versammlung und der Lohnkommission vorbehalten bleiben.

Die Diskussionsredner, die sich mit den Ausführungen Bytomskis einverstanden erklärten, er suchten die Anwesenden, mehr als bisher für die Organisation zu agitieren, um auch den letzten Mann zum Verband zu gewinnen, denn nur durch geschlossenes Vorgehen, durch eine imponierende Stärke sei auf Anerkennung der Forderungen zu rechnen. Die Versammlung beschließt, das erwähnte Schreiben den Unternehmern einzufenden und beauftragt damit die nun gewählte Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Röder, Capfel und Kollegin Herrmann.

Der nun folgende Bericht des Vertrauensmannes ergibt, daß im verfloffenen Jahre 1 Branchenversammlung, 4 öffentliche und 49 Werkstube-

versammlungen stattfanden; desgleichen 11 Delegierten- und 4 Arbeiterinnenversammlungen. Die Agitation unter den Albumarbeitern sei eine sehr schwierige. In manchen Werkstubeversammlungen sei außer dem Vertrauensmann niemand erschienen, dennoch sei es erfreulich, daß der Verband im letzten Jahre eine Zunahme gerade aus den Kreisen der Albumarbeiter zu verzeichnen habe. Auch die Zusammenkünfte der Arbeiterinnen haben sich gut benähert.

Die Neuwahl der Vertrauenspersonen ergab die Wiederwahl der Kollegen Bytomski und Scholz. Eine Anfrage, ob bei der Firma Weigert die Deckelmacher anfangen dürfen oder ob die Werkstatt gesperrt sei, wurde dahin beantwortet, daß die Organisation von den Vorkommnissen keine Kenntnis hätte und einer Arbeitsnahme nichts im Wege stünde. Dabei wurde der Wunsch geäußert, in Zukunft möge bei Streitigkeiten die Organisation sofort unterrichtet werden, um durch Verhandlungen etwaige ernste Differenzen zu vermeiden. Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß die Firmen Dettmann, Borchardt, Mönch, Morig, Breslauer, Stelter, Müller und Hilpert nicht vertreten waren.

Nach dem in der gutbesuchten Branchenversammlung der Luxuspapierarbeiter und Arbeiterinnen von Drauts gegebenen Bericht sind im verfloffenen Jahre abgehalten worden: 95 Werkstubeversammlungen, 10 Morgensprachen, 12 Delegierten- und 13 Tarifkommissionssitzungen, 4 öffentliche Versammlungen, davon 2 in Verbindung mit den Celluloidwarenarbeitern. Verhandlungen mit den Fabrikanten haben 8 stattgefunden, 3 auf schriftlichem Wege. Eine Verhandlung mit den Celluloidwarenfabrikanten behufs hygienischer Verbesserungen und größerer Sicherheit bei Feuer- oder Lebensgefahr verlief resultatlos.

Der Versuch, die Kollegen und Kolleginnen zu organisieren, ist nicht überall geglückt, so haben die Prägerinnen bei Schäfer & Scheibe ihre Zusage nicht gehalten, drei Mitglieder sind bei Ankündigung der Extratreue ausgesprochen, bei Ernst & Comp. sind die Kollegen als noch nicht reif für die Organisation zu erachtet. Doch seien auch ungewisselhaft Fortschritte gemacht worden, zirka 450 gehören der Organisation an, bei Hochstein & Weinberg sei durch die rege Tätigkeit der Werkstubevertrauensleute ein hoher Prozentsatz organisiert. In einer Besprechung, die drei Kollegen, darunter der Vertrauensmann, mit Herrn Hammacher hatten, erklärte dieser, er habe nichts gegen die Organisation und wolle sein schroffes Vorgehen gegen die Arbeiter ändern. Der Vertrauensmann ersucht, sowohl die mit der Ausarbeitung eines Tarifs beschäftigte Kommission, wie auch die neu zu wählenden Vertrauensleute zu unterstützen und ihnen zur Seite zu stehen, um ferner noch bessere Fortschritte aufweisen zu können.

Scharnow erörtert eine bei Böhme vorgekommene Unregelmäßigkeit, zu deren Verdeckung von seiten eines Meisters sogar ein Streik provoziert werden sollte, an welchem dieser auch hätte teilnehmen wollen. Alsbald bespricht Redner die niedrigen Löhne der Kolleginnen bei Hagelberg, welche bei dem kümmerlichen Verdienst sich reell nicht ernähren könnten. Die junge Arbeiterin solle für die Organisation gewonnen werden. Dies wäre für sie die Fortbildungsschule, um ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu vermehren, damit sie im Kampf um ihre Existenz nicht so leicht zugrunde gehe. Bergmann meint, Hagelberg sei ja die größte, aber auch in Lohnzahlen die schlechteste Firma. Viele Arbeiter verdienten nur 18 Mk. in der Woche. Dr. Gerschel, früher Gewerbegerichtsbeisitzer, hätte erklärt, nichts gegen die Organisation zu haben, trotzdem seien die Organisierten schikaniert worden; bei einer Werkstubeversammlung seien 13 bis 15 Personen zugegen gewesen, darunter Vermeister und einige andere, von denen man sich nichts Gutes versehen konnte. Bei Büttner & Comp. sei seinerzeit Kuppiner Arbeit gemacht worden, die Kollegen sollten sich organisieren, damit es nicht wieder vorkomme, daß während eines Kampfes um bessere Lohnverhältnisse die für den Fabrikanten unbedingt notwendige Arbeit andernorts ausgeführt und den Kollegen damit Schaden zugefügt wird.

Als Vertrauenspersonen neu gewählt werden für die Buchbinderei: Drauts, für die Presserei: Kempke, für die Prägerei: Lippold.

Eine gutbesuchte Versammlung der Kartontarbeiter beschäftigte sich am 12. dieses Monats zunächst mit einem Referat des Kollegen Brückner über die Bedeutung des Heimarbeiterschutzes. Nach einer Schilderung, welche Schädigung in wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung die Hausindustrie für die Arbeiterklasse mit sich bringt, fährt Redner sodann aus: Auch die Berliner Kartonarbeiter müßten, obwohl hier die Heimindustrie noch nicht so ausgebreitet wie in anderen deutschen Städten ist, zu dem Kongress Stellung nehmen. Nach einer Feststellung beschäftigten 15 Fabrikanten Heimarbeiter. Erfreulich sei, daß in Berlin gegen früher die Heimarbeit in der Abnahme begriffen sei. Der Referent verliest die auf dem Stuttgarter Kongress gefaßte Resolution betreffend Heimarbeiterschutz und empfiehlt, heute aus der Versammlung einen Vertreter vorzuschlagen.

In der Diskussion sagt Berlin, daß die Heimarbeit in der Kartonbranche hauptsächlich in der Saison betrieben wird, sie drücke aber nichtsdestoweniger die Preise sehr. Auf den Schutz der Regierung könne man wenig rechnen, sondern solle sich selbst helfen. Man sollte versuchen, die Wohnungen der Heimarbeiter zu ermitteln, sie dann aufsuchen und versuchen der Organisation zuzuführen und mit Hilfe dieser der Heimarbeit ernstlich zu Leibe gehen. Zur Wahrnehmung der Interessen der Kartonarbeiter wurde Brückner als Delegierter in Vorschlag gebracht.

Aus dem nun folgenden Bericht des Vertrauensmanns ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre 151 Werkstubeversammlungen, 21 Delegierten-sitzungen, 4 außerordentliche Delegierten-sitzungen, 7 öffentliche und 2 Mieterversammlungen, sowie 13 Verhandlungen und 35 Tariffsitzungen stattgefunden haben. Die Tariffsitzungen beschäftigten sich mit den überaus traurigen Verhältnissen der Zuschneider und Akkordarbeiterinnen. Es sei nichts Seltenes, daß ein Zuschneider 18 Mk. und eine Akkordarbeiterin 8—12 Mk. die Woche verdienen. Diesen Zuständen sollte doch endlich einmal ein Ende gemacht werden und ernstlich erwogen werden, ob die Organisation der Zuschneider und Arbeiterinnen nicht stark genug wäre, Vereinbarungen zu schaffen, wie es die Mieter bereits getan haben. Von einer Seite wurde die Mitteilung gemacht, daß die Firma Pohle jetzt im Winter sich weigert, den Arbeitsraum der Mieter zu heizen, während von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß die Maschine immer mehr im Gewerbe Eingang finde. Die Kolleginnen sollten dafür Sorge tragen, daß auch die Arbeiterinnen an der Maschine anständig bezahlt würden. Als Vertrauensmann für das nächste Jahr wurde für Zuschneider und Arbeiterinnen Krüger, für die Mieter Nagel gewählt.

Am 13. Januar fand die Branchenversammlung der Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen statt, in der Genosse Stramm einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Wohnungsfrage hielt.

Der Vertrauensmann Keefe gab den Jahresbericht: Es haben 40 Tarifs, 24 Werkstube-, 10 Delegierten-, 3 kombinierte und 3 Schiedsgerichts-sitzungen stattgefunden. Ferner waren 2 öffentliche Versammlungen, die sich mit der Lohnbewegung befaßten, nötig. Zu Pfingsten war eine Zusammenkunft in Hannover mit den dortigen Kontobucharbeitern zwecks Einführung eines gemeinsamen Tarifs. Auch haben 3 Sitzungen mit den Prinzipalen, zwecks Durcharbeitung und Beratung der Forderungen, stattgefunden. Am 1. Oktober traten die Abmachungen des neuen Tarifs in Kraft.

In der Branche sind 245 männliche und 324 weibliche Personen beschäftigt. Es sind von ersteren 233, von den letzteren 270 organisiert. Das sind 95 Prozent der männlichen und 80 Prozent der weiblichen Arbeiter dieser Branche. Zum Vertrauensmann wurde Keefe einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl des Stellvertreters fand eine rege, oft mals sehr stürmische Diskussion, gegen die Wiederwahl Tentschers, statt. Es wurde eine Zettelwahl vorgenommen, bei der Tentscher mit 66 Stimmen gegen Golfer, der 20 Stimmen auf sich vereinigte, das Amt des stellvertretenden Vertrauensmanns wieder übertragene wird.

Hierauf bat Keefe, ihm von Werkstube, wo unsere Organisation noch keine Mitglieder hat, Mitteilung zu machen, damit wir auch dort festen Fuß

fassen. Nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß wir nicht bei 95 resp. 80 Prozent der Organisierten stehen bleiben, sondern daß wir 100 Prozent erreichen müssen, schloß Brückner die ziemlich gut besuchte Versammlung.

In der am 14. Januar abgehaltenen Versammlung der Leder- und Papiergalanteriearbeiter referierte Brückner über den auf Beschluß des 4. Gewerkschaftskongresses von der Generalkommission auf 7., 8. und 9. März nach Berlin einzuberufenden Heimarbeiterschutzkongress. Redner erläuterte an der Hand einer Abhandlung über die Heimarbeit in der Lederwaren- und Galanteriebranche von Dr. Köhl die sanitären und wirtschaftlichen Schäden der Heimarbeit. Nach kurzer Diskussion wurde Brückner zur Vertretung der Lederwaren- und Galanteriearbeiter einstimmig zum Heimarbeiterschutzkongress delegiert.

Aus dem Agitationsbericht ist zu entnehmen, daß Verhandlungen bei den Firmen Rud. Dietrich, Gg. Dietrich und Marschall notwendig waren; bei letzter Firma wegen Vermehrung der Zahl der Heimarbeiter. Die Firma braucht den bisher als Werkstelle benutzten Raum als Lager und kündigte ihren in der Werkstelle beschäftigten Arbeitern, ihnen freistehend, daheim für die Firma zu arbeiten. Werkstubebesitzungen fanden außer bei den vorgenannten noch bei den Firmen Schlunk, Jöstig und Raschig statt. Durch Fehlen eines Vertrauensmannes für die Branche hat die Agitation nahezu brachgelegen. Zu Vertrauensleuten wurden Vogt, Lederarbeiter, und Schubert, Galanteriearbeiter, gewählt.

Leipzig. Am 5. Januar hielten die Sattler und Portefeuller eine öffentliche Versammlung ab, in der der Streik bei der Firma J. A. Winterstein besprochen wurde. Sattler Berger berichtete im Auftrage der Ausständigen über denselben. Er mußte die unerfreuliche Mitteilung machen, daß sich die Zahl der Arbeitswilligen auf acht vermehrt habe, unter diesen befindet sich auch der Portefeuller Otto Thörmer, Mitglied unseres Verbandes. Mit dem letztgenannten hatten sich vergangenen Sommer bei einer Differenz sämtliche mit ihm arbeitenden Kollegen solidarisch erklärt, trotzdem ließ er jetzt die Streikenden im Stich; derselbe ist schon fünf Jahre Verbandsmitglied. Tie vor dem Gewerbegericht angeführte Einigungsverhandlung ist von der Firma Winterstein abgelehnt worden. Ferner hat dieselbe den Streikenden Entlassungszugnisse erteilt, die in auffälligen Formen gehalten sind. Es muß angenommen werden, daß die Arbeiter gekennzeichnet werden sollen, dieselben werden aber auf andere Zeugnisse dringen. Es ist alles getan worden, um die Differenzen auf gütlichem Wege beizulegen, aber an dem Starrsinn des Unternehmers gescheitert. Berger schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, die Versammlung möge nach Lage der Verhältnisse den Streik für beendet erklären, über die Werkstelle aber die Sperre verhängen, um der Firma gute Kräfte fernzubehalten. Ueber die dem Streik abtrünnig Gewordenen mögen die Mitgliederversammlungen beschließen. Sämtliche Redner sprachen sich für die Verhängung der Sperre aus und es wird schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die heute in der „Stadt Gotha“ stattfindende Versammlung der Sattler und Portefeuller Leipzigs nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Starrsinn des Herrn Winterstein sowie der Ablehnung des Gewerbegerichts als Einigungsamt, ebenso von dem traurigen Verhalten der Vertreter der Firma, speziell des ehemaligen Verbandskollegen und hiesigen Filialvorsitzenden des Sattlerbundes, Leben, welcher in ausgiebigstem Maße zur Niederdrückung seiner Kollegen beitragen half. Die Versammlung nimmt ferner Kenntnis von dem unsolidarischen Verhalten der Arbeitswilligen sowie der drei stehengebliebenen Sattler und wird dafür Sorge tragen, damit die Namen allen in Erinnerung bleiben. Nach Lage der Verhältnisse erklären sich die Versammelten für die Aufhebung des Streiks und für die Verhängung der Sperre. Sie appellieren an die organisierte Kollegenchaft Deutschlands, den durch Herrn Winterstein geführten Kampf gegen die Organisation mit abwehren zu helfen.“

Eisenach. In einer am 19. Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung der Einzelmit-

glieder Eisenachs wurde der schon oft erwogenen Frage näher getreten, ob es nicht zweckmäßig wäre, hier eine Zahlstelle zu gründen. Nach längerer Debatte wurde die Gründung beschlossen. Auf Ersuchen des Verbandsvorstandes, den Beschluß nochmals eingehend zu überlegen, wurde am 9. Januar der Beschluß mit acht gegen zwei Stimmen erneuert. Als Vorsitzender wurde Seher, als Kassierer Köllner gewählt.

Beschlossen wurde eine Bibliothek zu gründen und hoffen wir mit der Zeit unseren Mitgliedern genügend Lesestoff bieten zu können. Mit alldem Wunsch eines guten Gedeihens der neuen Zahlstelle und der Aufforderung, fest zusammenzustehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. Eine sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung hielt die hiesige Zahlstelle am 9. Januar ab, um erstens die Neuwahl der Ortsverwaltung vorzunehmen, und zweitens um festzustellen, inwieweit die bewilligten Forderungen, welche ab 1. Januar in Kraft treten sollen, eingeführt sind. Kaiser erstattete den Geschäftsbericht, aus welchem als Wesentlichstes wiederzugeben sei, daß unsere Mitgliederzahl auf 74 gestiegen ist, und der Vorstand wie nie zuvor mit viel Arbeit überhäuft gewesen ist durch Vorstandssitzungen, Werkstube- und öffentlichen Versammlungen usw. In kurzen Worten greift Kaiser zurück auf den Verlauf unserer Lohnbewegung, der ein verhältnismäßig guter gewesen ist und verlas alsdann die Unterschriften der unsere Forderungen bewilligten Prinzipale; es sind deren 38.

Hierauf erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung, und gingen daraus hervor: Kaiser als erster, Bolling als zweiter Bevollmächtigter, Gerhartz als Kassier, Jean Hansen als Führer vom Arbeitsnachweis und Auszahler der Reiseunterstützungen, Nießen als erster, D. Müller als zweiter Schriftführer, Jung als Bibliothekar, Gufmann als Kartelldelegierter, Aug. Schmidt und Gerecke als Revisoren. Die Lohnkommission bleibt bestehen, dieselbe soll in das von den Prinzipalen verlangte Schiedsgericht entsandt werden und an die noch nicht bewilligten Prinzipale herantreten, um die Einhaltung der Forderungen zu ermöglichen. Soweit die Aussage der anwesenden Kollegen, sind die neuen Bedingungen eingeführt. Es wurde weiter angeregt, die Kommission soll mit den Prinzipalen eine Regelung betreffs der Bezahlung der nichtgesetzlichen Feiertage versuchen. In verschiedenen Geschäften wird an den nichtgesetzlichen Feiertagen nicht gearbeitet, diese aber bezahlt, die veräumte Zeit muß dann aber an anderen Tagen mit je einer Überstunde, welche nicht bezahlt wird, nachgeholt werden. Die Kommission denkt hierin eine Einigung zustande zu bringen.

Im Gegensatz zur Versammlung von vor acht Tagen verließ unsere am 16. Januar abgehaltene Generalversammlung. Herr Berleger Gilsbach, welcher einen Vortrag über Solidaritätsgefühl zu halten gedachte, meinte doch Wichtigeres tun zu können, als vor leeren Tischen und Stühlen zu sprechen; der Vortrag wurde zur nächsten Versammlung am 30. Januar verschoben. Gerhartz erstattete den Kassenbericht, wonach die Verbandskasse eine Einnahme von 303,57 Mk. und eine Ausgabe von 135,95 Mk. hatte. Die Lokalkasse vereinnahmte 183,46 Mk. und verausgabte 94,69 Mk. Im übrigen ist von dieser Versammlung, welche von nur 28 Kollegen besucht war, nichts weiter zu berichten, dagegen jedoch die Hoffnung auszusprechen, daß fürderhin trotz Karneval und schlechtem Wetter die Versammlungen einen regeren Besuch aufweisen.

Kollegen Kölns, seid eifrig bemüht, danach zu trachten, daß das, was wir errungen haben, uns auch erhalten bleibt. Dazu gehört ein reges Interesse für alle den Verband berührenden Fragen, und somit auch ein reger Versammlungsbesuch und festes, geeintes Zusammenhalten.

Stuttgart. Am Sonnabend den 9. Januar fand unsere regelmäßige Versammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Taucher über: „50 Jahre Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse“ referierte. In seinen Ausführungen, die mit persönlichen Episoden aus dem reichen Erfahrungsschatz des Vortragenden gespickt waren, zeigte der Referent, wie das arbeitende Volk sich im Laufe der Jahre doch manche politischen Rechte und wirtschaftlichen Vorteile im zähen Kampfe errungen habe.

Im Anschluß hieran ließ der Verbandsvorsitzende Dietrich die Fortschritte unserer Organisation in den letzten 15 Jahren Revue passieren. Seine Ausführungen gipfelten gleichfalls darin, daß das, was wir erreicht, ein neuer Ansporn zu weiterer Tätigkeit sein soll. Dazu gehörte auch, daß der Versammlungsbesuch im neuen Jahre ein regerer werde, als im Vorjahre. Dadurch geben wir auch dem neuen Taxif den nötigen Rückhalt. Beiden Rednern wurde für ihre vortrefflichen Ausführungen vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. Sodann gab Rehberg den Bericht von der Generalversammlung der Ortskassenkasse, aus welchem hauptsächlich die Einführung einer siebenten Unterstützungsstufe vom 1. Januar 1904 ab hervorzuheben ist. Dem Wunsch, derartige Berichte als Extrapunkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde vom Vorstand aus entgegengetreten mit der Begründung, die Erfahrung habe gezeigt, daß dann der Versammlungsbesuch immer ein schlechter gewesen sei. Die angeregte Regelung über die Anstellung eines Buchbinders statt einer weiblichen Arbeitskraft an einer Beschneidemaschine mit Transmissionsion in der Diehschen Buchdruckerei wurde der Taxikommission überwiesen. Am Schluß der Versammlung machte ein Kollege Seybold sich verdächtig über Anrempelungen und Beleidigungen des Ortsbevollmächtigten und eines Taxikommissionsmitglieds schuldig. Es ist wirklich bedauerlich, wenn ein Kollege in solch unparlamentarischer Weise eine Versammlung stört, wie betreffender Kollege schon öfters getan. Selbst auf die Erklärung Dietrichs, daß bei solchen Vorkommnissen zu den nötigen Maßnahmen gegriffen werden müsse, blieben ohne Eindruck auf ihn.

Bundschau.

* Die „Illustrierte Zeitung für Buchbinder“ hat mit Ablauf des vergangenen Jahres ihr Erscheinen eingestellt und sich, wie wir dem „Archiv für Buchbinderei“ entnehmen, mit diesem verschmolzen; der festberigende Redakteur Herr Loewenstein ist als Mitarbeiter für das Archiv gewonnen. Die Verdienste des Herrn Loewenstein, die diesem um die künstlerische Entwicklung der Buchbinderei nachgerühmt werden — die wir nicht beurteilen können — in allen Ehren, aber das Eingehen seines Blattes erfüllt uns nicht mit besonderer Trauer, wir wünschen vielmehr, daß seinem Einzug in Balthalla bald noch einige andere der für unser Gewerbe bestehenden Fachblättern folgen möchten. Sind sie doch nicht Fleisch und nicht Fisch; sie passen in unsere heutige Zeit nicht und ragen nur noch als vereinzelt Krümmen aus der guten alten Biedermeierzeit hervor. Fachblätter in des Wortes guter Bedeutung sind sie nicht, denn die Mehrzahl der „fachtechnischen“ Artikel sind von einer Art, daß es einem graust; wirtschaftliche Interessenvereinigungen stehen auch nicht hinter ihnen, stärken nicht ihre Finanzlage und drücken dem redaktionellen volkswirtschaftlichen Teil des Blattes — soweit man überhaupt von einem solchen reden kann — keinen bestimmten Stempel auf. Wer über fachliche und künstlerische Fragen etwas zu sagen hat, der wende sich an das Archiv, das genügt vollkommen den Zwecken einer fachtechnischen Revue für unser Gewerbe und kann auch den Anspruch auf solche Benennung erheben. Unsere Arbeitgeber aber mögen sich statt in kleinen zersplitterten Vereinen im Verband Deutscher Buchbinderbeiträge zusammenfinden; macht sich dann ein eigenes Organ notwendig, so wäre das durchaus kein Fehler. Von der anderen Seite unser Organ, das genügt; was dazwischen noch existiert, mag den Gang alles Irdischen gehen.

* Schadenersatzklage eines arbeitswilligen Kartonnagearbeiters gegen unseren Verband. Bekanntlich endete der Streik der Kartonnagearbeiter bei der Firma Lennis & Chapman in Hannover im Oktober vergangenen Jahres damit, daß die Firma die Ausständigen an die Stellen der Arbeitswilligen wieder einstellen wollte, wenn diese freiwillig den Betrieb verließen. Es kam daraufhin das sonderbare Abkommen zustande, daß den Arbeitswilligen eine Abfindungssumme aus Verbandsmitteln gezahlt werden sollte. Mit Ausnahme eines einzigen

waren sie mit einer gerade nicht mageren Abfindungssumme zufrieden. Dieser, ein gewisser Karl Wofz, der wie seine Gleichgesinnten Ende September von der Firma un kündbar bis zum 1. Januar dieses Jahres engagiert war und von da an mit vierzehntägiger Kündigung, erklärte sich mit einer einmaligen Abfindungssumme nicht zufrieden, sondern verlangte seinen vollen Wochenlohn in Höhe von 15 Mk. bis zu der Zeit, wo es ihm gelänge, wieder Arbeit zu erlangen. Der Anordnung unserer Lokalverwaltung in Hannover, allwöchentlich sich diese 15 Mk. auf Grund einer vom Vorsitzenden ausgestellten Anweisung vom Kassierer zu holen, weigerte er sich in der zweiten Woche nachzukommen.

Wofz versucht nun beim Amtsgericht in Hannover eine Schadenersatzklage gegen den Verband anhängig zu machen. Das Amtsgericht in Hannover erachtete sich als nicht zuständig und verwies Kläger an das Amtsgericht in Stuttgart, weil dort der Verband seinen Sitz habe.

Eine solche Anklageschrift ging denn auch unserem Verbandsvorsitzenden Dietrich zu mit der Terminfestsetzung zur Verhandlung auf Dienstag den 19. Januar d. Js. Wofz verlangte jetzt die Summe von 135 Mk. für neun Wochen à 15 Mk. Bei der mündlichen Verhandlung, wobei Kläger Wofz durch einen Rechtsbeistand vertreten war, machte der Verbandsvorsitzende geltend, daß der Deutsche Buchbinder-Verband nicht eine Vereinigung sei, welche eine juristische Person darstelle, daß auch die Verbandsleitung nicht Vollmacht erteilt hatte zur Übernahme derartigen Zahlungspflichten. Daß weiter die vom Kläger der Zahlstelle Hannover unterschrieben gegebene Anerkennung, seine Schadenersatzansprüche aus § 124 b der Gewerbeordnung heranzuleiten, durch die ihm gewordene Zahlung eines Wochenlohnes in Höhe von 15 Mk. bereits ihre Erledigung gefunden. Es würde aber vom Bevollmächtigten der Zahlstelle dem Kläger noch weitere wöchentliche Zahlung gewährt worden sein, wenn dieser der ihm auferlegten Verpflichtung, sich jeden Tag arbeitslos zu melden und vom Vorsitzenden der Zahlstelle sich jede Woche eine Anweisung zum Bezug des Geldes zu holen, von der zweiten Woche ab sich geweigert hätte nachzukommen.

Der gegnerische Vertreter machte gegen letzteres geltend, daß ein solches Verlangen gegen die guten Sitten verstoße und deswegen nicht erfüllt zu werden brauche. Der Vertreter des Verbandes hielt dieser Einwendung entgegen, daß solches Verlangen berechtigt war, denn wenn der Kläger für längere Zeit Lohnersatz will, muß er auch den Nachweis erbringen, daß er in dieser Zeit nicht anderweitig arbeitet und Lohn bezieht.

Das Urteil wird am 26. Januar vom Gericht publiziert.

* Eine Fachklasse für Buchbinder soll zu Ostern d. Js. in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Elberfeld eingerichtet werden. Die neue Werkstatt wird nicht allein von Buchbindern und im Buchgewerbe künstlerisch gebildeten Leuten besucht werden, sondern die Schule beabsichtigt auch besondere Kurse für Dilettanten einzurichten. Der Direktion der Schule ist es gelungen, eine auf diesem Gebiete hervorragende Lehrkraft, Herrn Douber jun. aus Leiden, zu gewinnen. Der Genannte hat sich in deutschen, französischen und holländischen Werkstätten ausgebildet und seine Kenntnisse durch eine Studienreise auf Veranlassung der holländischen Regierung erweitert. Unter seiner Leitung sollen vor allen Dingen Buchbindergehilfen eine Ergänzung ihrer praktischen Ausbildung sowohl im Bucheinband als auch in den Techniken der Handvergoldung, des Lederchnittes, der Lederornamentik und des Lederisoliervens erhalten. Auch die Anfertigung von Vorkapppapieren, der Holzschnitt und die Marmorierertechnik soll gelehrt werden.

* Zu Devot. Im „Leipziger Tageblatt“ stand dieses Inferrat:

Bitte, bitte, bitte um Arbeit!

Junger Mann, 32 Jahre alt, evangelisch-lutherisch, gelernter Buchbinder, Familienvater, welcher sich in Not befindet, bittet die geehrten Fabrikbesitzer herzlich um Arbeit. Ich scheue mich auch keiner andern Arbeit. Ich bitte, meine große Notlage zu berücksichtigen. Richard Scheps, Buchbinder, L.-Neustadt, Alleestraße 28, III, rechts.

Die Not lehrt gewiß manchem beten, aber soweit sollte sich doch niemand versteigen, seine Menschenwürde so öffentlich preiszugeben. Wäre der Kollege Verbandsmitglied, so würde ihm dadurch schon soviel Charakterstärke verliehen, daß er solche schmachwürdige Bettelei nicht begeht; auch vor so großer Notlage wäre er dann geschützt.

* Crimmitschau. Auf Grund von persönlichen Untersuchungen der Situation an Orte selbst, hat Alice Salomon in der „Soz. Praxis“ eine längere Abhandlung über die Stellung und die Verhältnisse beider Parteien gemacht. Sie leuchtet in die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse der Crimmitschauer Weber hinein, wodurch befestigt wird, wie berechtigt in ökonomischer und hygienischer Beziehung eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit sei. Besonders wertvoll erscheinen uns ihre Schlussschlüsse, worin sie, wie auch wir es jüngst taten, diesen Kampf in Parallele mit dem jetzt angestrebten gesetzlichen Fehrsfundament bringt. Wir lassen die Ausführungen hier folgen:

„Wenn aber die sächsische Regierung sich zu solchem Schritt nicht entschließt (nämlich einen Beamten mit nötiger Vollmacht als Vermittler ausserkieselt), dann muß der Deutsche Reichstag reden und handeln. Der gesetzliche Fehrsfundament für Frauen ist lange genug vorbereitet; er würde auch den Männern in gemischten Betrieben zugute kommen. Er würde den Crimmitschauer Arbeitern geben, was sie begehren, was sie so heiß erkämpfen. Warum zögert man noch mit dem Gesetz, das diesem trostlosen Dingen ein Ende machen könnte? Wenn die Crimmitschauer Fabrikanten gepanzert bleiben, wenn die sächsische Regierung schweigt, so möge doch das deutsche Volk entscheiden, ob der Unfrieden im Lande weiter wachsen soll, ob Tausende von Existenzen vernichtet, heimatlos gemacht werden sollen, ob die Crimmitschauer Arbeiter durch niedrig stehende ausländische Arbeiter verdrängt werden sollen, während in Deutschland genug Menschen nach Beschäftigung suchen, die allerdings an einem höheren Bedürfnisstand festhalten wollen. Wer die Grundlagen des Staates, wer die Erhaltung der Familie schützen will, der kann die Hände nicht in den Schoß legen, derweil Mütter, die ihren Kindern, ihrem Haus völlig entfremdet sind, ringen und streben, um für diese Pflichten auch nur in bescheidenstem Maße frei zu werden. Die Crimmitschauer Arbeiter kämpfen nicht um Obdach und Nahrung, sondern um ihr Familienleben, um ihr Heim, um die Möglichkeit, ihren Kindern anzugehören, sie zu brauchbaren Menschen zu erziehen. Sie kämpfen dagegen, daß alle gesunden Sitten und Gewohnheiten untergraben werden; sie kämpfen gegen eine Gefährdung der Gesundheit der Frauen und damit auch der kommenden Generation. Sollen sie vergeblich gekämpft haben?“

Leider ist letzteres eingetreten. Wie unsere Leser bereits aus den Tageszeitungen erfahren haben, mußte der Streik aufgehoben werden und die heldenhafte Kämpfer sich dem übermütigen Fabrikantentum auf Gnade und Ungnade ergeben.

* Ärztestreiks. In vielen Orten Deutschlands sind Differenzen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen wegen Einführung der freien Arztwahl und höherer Honorierung ausgebrochen und vielerorts steht solches leider noch bevor. Dem geschlossenen Vorgehen der Ärzte soll nunmehr ein solches der Krankenkassen entgegengesetzt werden. Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen in Berlin und die geschäftsführende Klasse des deutschen Ortskrankenkassenverbandes haben gemeinsam für den 25. Januar 1904 einen allgemeinen Krankenkassenkongress nach Leipzig einberufen, der am genannten Tage vormittags 9 Uhr im Etablissement „Sanzouci“ eröffnet werden soll.

Als einziger Gegenstand der Beratung ist angelegt: „Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzte.“

Zu diesem Kongress sind Vertreter aller Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfsklassen Deutschlands geladen, auch Krankenkassenverbände und Vereinigungen sind zugelassen. Wir kommen in einer der nächsten Nummern auf diese ganze Materie eingehender zu sprechen.

* Internationale Streikstatistik. Obgleich die Lage des internationalen Arbeitsmarktes im Monat November sich mit Ausnahme Deutschlands in fast allen Industrieländern verschlechtert hat, so hat nichtsdestoweniger die Streikbewegung

erheblich zugenommen. In Deutschland, England und Frankreich zusammengenommen fanden im November 114 Streiks statt gegen 91 im Oktober. In England und Frankreich, wo die Ziffern der an den Streiks Beteiligten schon ermittelt sind, waren nicht weniger als 2117 Arbeiter in den Ausstand getreten gegen 11549 im Oktober. In England ist die erhebliche Steigerung der Streiks auf mehrere größere Ausstände im Bergbau zurückzuführen. Von den 10215 Beteiligten im November entfielen allein 6338 auf den Bergbau. In Frankreich dagegen waren es die Textilarbeiter, die das größte Kontingent zu der Zahl der Ausständigen stellten. Nicht nur, daß im November 27 Streiks in diesem Gewerbe begannen, an denen 5416 Arbeiter sich beteiligten, dauerte auch noch der Streik in Armentières fort, der an 147000 Arbeiter direkt oder indirekt in Mitleidenschaft zog. Auch sonst fanden in Frankreich größere Streiks statt, darunter 3, an denen sich zusammen 5500 Arbeiter beteiligten. Wenn auch in den Vereinigten Staaten die Streikbewegung im Rückgang begriffen ist, so fanden doch noch immer zahlreiche Ausstände, namentlich Abwehrstreiks statt. An einem großen Bezugsarbeiterausstand in Colorado, Wyoming, New-Mexiko und Utah sollen sich 35000 Bergleute beteiligt haben. In Chicago traten die Angestellten der Stadtbahn in den Ausstand; ihnen schlossen sich die Arbeiter in den Fabriken und Reparaturanstalten der Bahngesellschaft an. Die Arbeiter verlangten eine Erhöhung der Löhne um 25 Prozent; ungefähr 3000 Mann beteiligten sich an der Arbeitsniederlegung. (Jastrow im „Arbeitsmarkt“.)

Literarisches.

Zu einem Crimmitschau-Gedenkblatt hat der „Wahre Jacob“ die soeben erschienene zweite Nummer seines 21. Jahrgangs gestaltet. Dem denkwürdigen Klassenkampf der sächsischen Weber sind folgende Beiträge gewidmet: Die ganzseitigen Bilder „Molochsdienst“ (Wie in Babel, so in Crimmitschau!) und „Sachsen unterm Belagerungszustand“, die Zeichnung „Aus Crimmitschau“ (die Verhaftung des Knechts Ruprecht darstellend), sowie die Gedichte „Crimmitschau“, „Das Christkind flog nach Crimmitschau“, das Feuilleton „Aus einer Weihnachtspredigt des Hofprediger Breihals aus Mottenburg im Verein für innere Mission in Crimmitschau“ und mehrere kleinere Beiträge. Als historisches Dokument aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist außerdem der Originaltext des „Lied der Weber in Peterswaldbau und Langenbielau“, wie er im „Deutschen Bürgerbuch für 1845“ zur Veröffentlichung gelangte, wiedergegeben. — Außerdem bringt die Nummer noch eine Reihe politischer Illustrationen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

D. R. in B. Konnte ich noch entscheiden, so hätte ich mich für Ihre Wiedergabe entschieden, die andere war aber schon gefest!

D. L. in D. Werde sehen, was sich in einer der nächsten Nummern damit machen läßt.

R. P. in P. Ja, Sie sind zum Bezug von Unzugestostenunterstützung berechtigt, wenn Sie ununterbrochen Verbandsmitglied bleiben. § 24 c des Statuts.

H. Z. in B. Mit bestem Dank abgelehnt. Für solche allgemein gehaltene Themas ist jetzt kein Platz, wir haben eine ganze Reihe weit wichtigerer Sachen in der Zeitung zu behandeln.

Zurückgestellt: Berichte aus Dessau, Braunschweig, Karlsruhe und Eisenberg.

Ein Kollege fragt an, wie man Goldlinien auf Glas ziehen kann, ohne daß die Linien auseinander laufen. Vielleicht weiß einer der Leser das zu beantworten.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gauvevollmächtigten. Gau IX. Regierungsbezirk Erfurt und Thüring. Staaten. **Gauvorort Erfurt:** L. Jünemann, Erfurt, Thomasstraße 36. **Vertrauensmann für Eisenach:** Eduard Meyer, Johannist. 22 III; für Koburg: P. Bod, Kl. Judengasse 7 II; für Arnstadt, R. Brunner, Bahnhofstraße 16; für Langensalza: E. Seßling, Ulfhove 6, Langensalza Nr. 194; für Meiningen: Bruno Fuhr, Wörthstraße 7.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten. Berlin: Eug. Brückner, O., Müddersdorferstr. 65, Qu. I. (Adressen der Vertrauenspersonen: Buchbinder: Otto Thielemann, O., Gubenstr. 25, Hof part., Fel. Pauline Fieber, S., Hollmannstraße 2 part. — Kontobuch-Branché: Fritz Reefe, SO., Walbertstraße 15 v. IV links. — Lebergalanterie-Branché:

Georg Voigt, SO., Doppelstr. 25 v. III. — Papiergalanterie-Branche: Max Schubert, SO., Köpferstraße 22, Hof II bei Köhler. — Luxuspapier-Branche (für Buchbinder): Carl Drauh, SO., Köpferstraße 134/135, Hof III; (für Presser): Max Kempte, SO., Engel-Ufer 20 v. II; (für Präger): Alfred Hippold, N., Stargarderstr. 10 II. — Einl.-Branche: Franz Luft, SO., Reidenbergerstraße 10, Hof III. — Karton-Branche: Arnold Nagel, SO., Waldemarstraße 32. — Album-Branche: Franz Bytomski, S., Dresdenerstraße 16, Hof I. — Goldschmittmacher: Paul Schiffe, SO., Staligerstraße 18.)
Eisenberg (S.-M.): Max Wolter, Berggasse 4.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Eisenberg (S.-M.). Z. A. Enke, Klosterlausitzerstr. 37; von 12—1 u. 7—8 Uhr. L. U. Di. 14 Mk. Az. 10 St.
König a. Rh. Z. A. J. Hansen, Beyerstr. 75 II; von 1 1/2—2 1/2 und 7—8 Uhr, Sonntags von 9—10 Uhr. L. U. Mi. 22,50 Mk. Az. 9 1/2 St.
Mainz. Z. A. F. Dettmar, Eppichmauerstraße 6 II; von 7—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. L. U. Mi. 20 Mk. Az. 9 1/2 St.
Münsterberg. Z. A. Restaurant Wartburg, Weinmarkt; von 12—1/2 Uhr. L. U. Mi. 20 Mk. Az. 9 1/2—9 3/4 St.

Abrechnungen

pro viertes Quartal 1903 sind vom 13. bis 19. Januar 1904 bei der Verbandskasse eingegangen: Von Augsburg mit 10 Mk., Bant-Wilhelmsbafen 34,41 Mk., Charlottenburg 76,88 Mk., Chemnitz 200 Mk., Dessau — Mk., Dresden 700 Mk., Erlangen 350 Mk., Jena 16,94 Mk., Krefeld 225,30 Mk., Lehr 78,64 Mk., Leipzig 5295,03 Mk., Lüdenscheid — Mk., Nürnberg 450 Mk., Regensburg 119,94 Mk., Reutlingen 30 Mk., Schwerin 30 Mk., Solingen-Wald 100 Mk., Stuttgart 1300 Mk., Würzburg 183 Mk., Gau 7 40 Mk., Gau 12 195,56 Mk., Gau 15 100 Mk. und vom Gau 17 mit 112 Mk.
E. Haucisen.

Abrechnung vom Streif

bei der Firma Dr. Krügener, Frankfurt a. M.

Einnahmen:	
Aus der Verbandskasse	450,— Mk.
Von den laufenden Beiträgen	32,24 "
Aus der Lokalkasse Frankfurt	95,50 "
Offenbach	68,— "
Auf Sammellisten	72,20 "
	717,94 Mk.
Ausgaben:	
Streifenunterstützung an 4 Verheirat. 101 Tage	212,50 Mk.
an 6 Ledige 151	226,50 "
Gemäßregeltenunterstützung an 1 Kollegen	7,50 "
Zuschuß zur Streifenunterstützung aus den Lokalkassen Frankfurt und Offenbach	160,— "
Desgleichen aus Sammellisten	69,50 "
Umsatzkosten eines Kollegen	20,— "
Für Fortschaffung Zugereister, sowie Fernhaltung des Zugangs	8,50 "
Reisegeldzuschuß an 1 Kollegen zur Fahrt nach Dresden	6,— "
Zeitersäumnis des Kollegen Hinsche	2,94 "
Für Porto und Schreibmaterialien	4,50 "
	717,94 Mk.

Wilhelm Duenfing, Lorenz Rüpfer, Reinh. Hinsche.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingef. Hilfsk.) Sib Leipzig.
57] [3.10]

Verwaltungsstelle Hannover.

Freitag den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Hotel Wiebbräu, Knochenhauerstraße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Montag den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Restaurant „Pantheon“, Dresdenerstraße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Spilingerstraße, Saal 1
General-Versammlung.

58] Tagesordnung: [1.60

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verlesen der Restanten.
3. Neuwahlen.
4. Erledigung verschiedener Anträge.
5. Verschiedenes.

Wir erfordern die Mitglieder, zahlreich und pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zahlstelle München.

Umstände halber mußte die Generalversammlung auf Samstag den 30. Januar verschoben werden. Wir erfordern die Mitglieder in anbetacht der äußerst wichtigen Tagesordnung um zahlreichen und pünktliches Erscheinen, damit die Neuwahl der Ortsverwaltung usw. flott von statten geht. [0.90
59] **Die Ortsverwaltung.**

Otto Thomas

wo steckst du? Gib Nachricht. [0.60

Fritz Toepel,

Pforzheim, Parkstraße 11 III.

Zahlstelle München.

Samstag den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Café Dall'Armi, Frauenplatz 6

Generalversammlung.

61] Tagesordnung: [2.80

1. Kassen- und Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Lokalkommission.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Ausschuß.

Zahlstelle Stuttgart * Buchbinder-Männerchor.

Sonntag den 7. Februar in den Sälen der „Arbeiterhalle“

Großes humoristisches Fastnachts-Konzert.

62] **Urfideles Programm.** [2.80

Kassenöffnung 3 Uhr. — Anfang 4 Uhr.

Eintritt für Mitglieder 10 Pf. pro Person; Nichtmitglieder 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Programme sind bei den Vertrauensmännern zu haben.

Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt
Fritz Hammesfahr,
Fabrik u. Versandhaus **Foche** b. Solingen.
D. R. G. M. * Nur bei mir zu haben.
Kronen-Diamant-Stahl Mk. 3,25
Kronen-Silber-Stahl . . . Mk. 2,25
Fertig zum Gebrauch m. Etui. Für jed. Stück wird garantiert.
Streichriemen Mk. 1,— bis Mk. 1,80. Rasierpinsel, Rasierschalen
à Mk. —,50, Oelabriehtstein Mk. 2,50, Schürmuffe Mk. —,30, Rasier-
seife Mk. —,25, Rasier-Garnitur komplett in f. Etui Mk. 8,—.
Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.



Eine bessere Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung
eventuell mit Galanteriewaren oder Buchbinderei wird in Süddeutschland zu kaufen gesucht. 64] [4.00
Offerten unter C. 276 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe erbeten.

Wer über den gegenwärtigen Aufenthalt des Buchbinders [0.70
Richard Paul Bellmann,
geb. den 23. August 1875 zu Dresden, Auskunft geben kann, wird gebeten, hiervon Mitteilung zu machen an 67] **V. Kohl, Dresden, Wilsdrufferstr. 6 II**

Günstige Gelegenheit für Anfänger!
In einer Großstadt am Rhein ist wegen Sterbefall eine gebrauchte, aber in gutem Zustand erhaltene, komplette [68] [2.69

Buchbinderei
zu verkaufen. Die ganze Einrichtung und Maschinen zum Preise von 6000 Mk. unter günstigen Bedingungen. Offerten unter „Reinland“ an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Holz-Pressen, ter, Spalten, auch sämtliche Metallwerkzeuge, liefert solido und preiswerth die älteste Fabrik 69] [100
F. Clement, Leipzig, Seeburgstraße 36.

Achtung!
Alle Buchbindergehilfen von Berlin und Umgegend, denen es daran gelegen ist, daß [1.50

Marmorieren
gründlich zu erlernen, wollen sich melden bei **M. Busch, Berlin,**
70] Cuvrystr. 30, vorn 1 Tr.
Beginn der Lehrzeit täglich.
Ende nach vollständiger Erlernung.

Sorgenlose Existenz!
In schöner Gebirgsstadt in Oberbayern, ist ein seit 40 Jahren bestehendes, mit Maschinen und gutem Werkzeug bestes eingerichtete **Buchbindereigeschäft** sehr preiswert, gegen bar, wegen hohen Alters des Besitzers zu verkaufen. Nötiges Kapital zirka 5000 Mk. Für einen tüchtigen Buchbinder keine Konkurrenz, auch bleibt dieser Alleinlieferant sämtlicher Behörden und Gemeinden. Nähere Auskunft erteilt [2.60
65] **E. Zugauer, Senefelderstr. 12/0, München.**

Sichere Existenz!
In einer Industriestadt Anhalts ist ein kleines Geschäftshaus mit Garten, passend für **Buchbinder**, da fast ohne Konkurrenz, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. 66] [1.60
65] **Gesf. Off. unt. N. 23 H. Mosse, Berlin, SW. 19.**